

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

331 (3.12.1920) Erstes und Zweites Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Familie in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heintze, Friedenau, Bregenzstr. 100/101. Telefon-Nr. 114. Leipzig-Blatt Upland 2002. Für unentgeltliche Manuskripte oder Druckarbeiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Kundennummern: 1000 bis 10000. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 100 Pf. pro Quartal. Ausland: 150 Pf. pro Quartal. Postamt Karlsruhe 1000. Postfach 1000. Druck: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Karlsruhe. Druck-Nr. 10000.

117. Jahrg. Nr. 331.

Freitag, den 3. Dezember 1920

Erstes Blatt

## Die Finanzmiserie.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

In dem Haushaltsauschuss hat der Präsident der Reichsbank Haverstein zur Änderung der katastrophalen deutschen Finanznot, die ihren Ausdruck in dem ungeheuren Anstiegen der schwebenden Schuld findet, eine gesetzliche Zwangsanleihe vorgeschlagen. Der Finanzminister Wirth hat sich sofort als Anhänger dieses Gedankens betannt. Es wird also mit der Zwangsanleihe, die nicht weniger als 20 Milliarden bringen soll, wohl zu rechnen sein. Versprochen und im Stillen propagiert wurde sie schon seit einiger Zeit. Der Grund, warum sie jetzt mit einer unverkennbaren Dringlichkeit unter der Autorität Haversteins angekündigt wird, ist einmal das dringende Bargeldbedürfnis des Reiches, das bis jetzt nur durch die Arbeit der Notenpresse getillt werden kann und dann der berechtigete Wunsch besonders der industriellen Kreise, das Geld über das Reichsnotopfer, von dem jeder ein Teil sofort eingezogen werden soll, mit Rücksicht auf das für den wirtschaftlichen Wiederaufbau so notwendige Betriebskapital etwas zu mildern.

Eine solche Milderung im begrenzten Maße hält auch der Reichsfinanzminister für möglich, wenn gleichzeitig eine Zwangsanleihe aufgelegt werden kann. Der Gesamtertrag würde dann in die nächsten Monate des Notopfers allein in jedem Falle übersteigen. Selbstverständlich müssen die Voraussetzungen und die Form für eine eventuelle Zwangsanleihe sehr genau geprüft werden. In Frankreich wird zum Beispiel darauf hingewiesen, dass die Ausstattung der Anleihe auch nur mit einem Normalzinsfuß von 4 Prozent den gewünschten Zweck sehr leicht zu erreichen wäre, während für die nächsten Jahre nur solche Anleiheleistungen des Reiches vermieden werden. Ferner wird die Frage nach der gleichzeitigen Milderung des Reichsnotopfers auch noch zu politischen Begehrungen, wobei die verschiedenen sozialistischen Parteien wohl geschlossen gegen das Bürgerum stehen würden. Die der Finanzminister heute betonte, müssten die Parteien durchweg Stellung nehmen und eine betreffende Vorlage noch vor Weihnachten verabschieden.

Das Einkommen auch bei dieser geplanten Finanzoperation ist aber, das auch diese komplizierten Hilfsmittel das wachsende Milliardenbedürfnis und die Dreißigertmilliardenhoch nicht decken, sondern nur aufhalten werden.

## Der Sitzungsbericht.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Dez.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Reichswirtschaftshaushalts.

Abg. Simons-Franken (U. S. links) betonte, sein Fraktionsgenosse Jädel habe nur einen gewissen Ueberflus an Kohle in Paris nicht beklagen wollen. Gehört auf Angaben aus französischen Arbeiterkreisen haben wir nun behauptet, dass im übrigen Frankreich großer Kohlenmangel herrsche. Das man hier noch den Mut gehabt hat, für den freien Handel einzutreten trotz der bösen Erfahrungen, die wir mit den Preissteigerungen gemacht haben, nimmt mich wunder. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat ruhmlos gewirkt. Der Abg. Hugo hat hier am wenigsten Grund, den Mund aufzutun. Er hat sich laut „Berl. Tagbl.“ 50 000 Mk. vom Lederverband für Propagandaarbeiten ausbezahlt lassen und dabei sein Verdienst um die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder ausbrüchlich hervorgehoben. Diese 50 000 Mk. stammen aus dem Fonds der Reichsleberhandels-Gesellschaft und waren dazu bestimmt, die Preise für das Schuhwerk herabzusetzen. So hat sich das Reichswirtschaftsministerium zu einem Hort der Reaktion ausgewachsen, wie die Anstellung zahlreicher Adliger es beweise. Auch für den Wasserhaushalt in der Nordsee sind nicht etwa arbeitslose Seelen zu heranzugehen worden, sondern die reaktionären ehemaligen Ehrhardt-Truppen, und das macht ein Mann, der uns als Sozialminister empfohlen ist. Die Privatwirtschaft hat uns ins Elend geführt. Nur die Sozialisierung kann uns helfen, und da will man die Sozialisierungskommission auflösen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr vertreiben.

Der Abg. Diernreiter (Bann. Sp.) verlangt Auskunft, wie es mit der Benzolgesellschaft steht. Benzol muss unter Zwangswirtschaft bleiben, um den Bedarf der Landwirtschaft und anderer Betriebe zur Not zu decken. Wegen der Monopolisierung der Elektrizitätsgesellschaften muss der Minister einschreiten. Die Interessen der Verbraucher müssen allen anderen Rücksichten vorangehen.

Abg. Kamm (Dem.). Die Valuta können wir nur stabilisieren, wenn wir unsere produktive Arbeit steigern und Sparmaßregeln treffen. Besonders in Danern leidet die Industrie unter Rohstoffmangel. Süddeutschland verlangt deshalb eine größere Wirtschaftlichkeit des Transportwesens. Die Zwangswirtschaft hat sich überlebt. Drei sind wir

halb aber noch nicht geworden. Wir hängen vom Weltmarkt ab. Das Reichswirtschaftsministerium muss eine Stelle schaffen, die Beobachtungen anstellt und zur gegebenen Zeit eingreift, die auch die Preisbildung beschleunigt. Redner begründet sodann den Antrag Bartschat, dass der Minister sich zur engen Verbindung mit Handwerk und Gewerbe die ständige Mitarbeit eines fachkundigen Mannes aus den Kreisen des Handwerks und des Gewerbes sichere, sowie seinen eigenen Antrag auf Wiedereinsetzung der Lieferungspreise zum Spätherbst und Wiedereinsetzung der Lieferungspreise. Dem Antrag Trimborn, der eine Stelle schaffen will, die einen Ueberblick über alle Beschaffungen des Reiches erhält und die gerechte Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige sorgen soll, stimmen wir zu, nicht aber dem sozialdemokratischen Antrag, dass diese Stelle auch die Aufträge zu vergeben haben soll. Hierin würden wir die Gefahr einer zu großen Zentralisation sehen.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Behauptung, dass der Abg. Kamm die Gewinne der Reichslebergesellschaft 50 000 Mark bezogen hat, stimmt nicht, vielmehr aus einer der Ledergesellschaften, deren Syndikus Hugo ist. Eine Reichsstelle ist daran jedenfalls nicht beteiligt. Redner habe bereits im Ausschuss dargelegt, dass auf nahezu 600 Angehörige seines Ministeriums nur 15 Abteile entfallen. Die Anregung, die Sozialisierungskommission aufzulösen, sei vom Reichswirtschaftsrat ausgegangen. Er habe demgegenüber erklärt, dass er dieser Anregung nicht ohne weiteres folgen könne. Den Antrag Bartschat verstehe ich nicht, da ich nicht glaube, dass er ohne Vermehrung der Beamtenschaft durchführbar wäre. Der Antrag Trimborn entspricht den Grundgedanken des Reichswirtschaftsministeriums wie den Interessen der Länder. Der sozialdemokratische Zusatzantrag erscheint mir dagegen bedenklich.

Abg. Dr. Nieber (D. Sp.): Der Abg. Simon hat seinen Beweis darüber gebracht, dass die Produktion unter dem freien Handel gelitten hat. Das Gegenteil ist der Fall. Redner protestiert gegen den unerhörten Angriff gegen den Abg. Hugo, der sich wegen seiner Abwesenheit nicht wehren könne.

Abg. Frau Dr. Hilders (Dem.) tritt für die Gleichberechtigung der Frauen in den berufstätigen Organen ein.

Abg. Dr. Braun (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, dass die geplante Stelle auch die Aufträge des Reiches zu vergeben hat. Abg. Simon (U. S.): Jedenfalls hat der Abgeordnete Hugo bisher nicht bestritten, dass er 50 000 Mk. als Prämie für die Aufhebung der Zwangswirtschaft erhalten habe, und das war der Kernpunkt.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmungen sollen erst bei der dritten Lesung erfolgen. Die Annahme der einzelnen Kapitel erfolgt ohne wesentliche Debatte.

Beim Posten Sozialisierungskommission erinnern die Abg. Koch und Dr. Sergiu. a. an die Verprechen der Zentrumspartei und der Demokraten in der Sozialisierungsfrage. Mit der Anklage der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsminister sei keineswegs die Frage der Sozialisierung erledigt, denn der Reichswirtschaftsminister habe noch keine positive Arbeit geleistet.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz betont nochmals, dass die Anregung der Anklage der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsminister aus dem Ausschuss stamme. Er selbst habe wiederholt erklärt, dass er vor der Entscheidung der Frage die Sozialisierungskommission selbst hören will.

Beim Kapitel Auskunft zur Prüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften bepricht der Abg. Krämer (Soz.) die Tätigkeit dieses Ausschusses. Der Ausschuss habe vor allem die Aufgabe, den zahlreichen Prozessen zwischen den Kriegsgesellschaften vorzubeugen, um dem Reich dadurch Millionen zu ersparen. Da frägt es sich, ob der Ausschuss überhaupt ein Entscheidungsrecht habe. Jedenfalls sind mir gegen jede Liquidation der Kriegsgesellschaften.

Hierauf wird auf Montag, den 6. Dezember, 2 Uhr nachmittags, vertagt. Schluss 4 1/2 Uhr.

## Reichsnotopfer und Zwangsanleihe.

(Eigener Drahtbericht.)

10. Berlin, 2. Dez. Am Steueransatz des Reichsnotopfers erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth u. a.: Einer Verbindung zwischen Reichsnotopfer und Zwangsanleihe sehe ich nicht abnehmend gegenüber. Sie ist mir viel mehr lieber als eine befehlungsmäßige Erhebung des Reichsnotopfers, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Zwangsanleihe so gestaltet wird, dass ihr Ertrag an Bargeld ganz bedeutend höher ist, als aus der Erhebung des Reichsnotopfers erwartet werden darf. Eine Wiedereinsetzung des Reichsnotopfers im wesentlichen Umfang darf aber dabei nicht erfolgen. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz betonte, der Druck neuer Noten sei dauernd so hart, dass es unbedingt nötig sei, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Wenn vom Reichsnotopfer 15 Milliarden und eine etwaige Zwangsanleihe 20 Milliarden gewonnen werden können, so werde diese Summe doch den Stand der Valuta zu unseren Gunsten beeinflussen. Das wäre im Hinblick auf den Einfluß von Produktions- und Lebensmitteln im Auslande von unbegreifbarem Werte. Das der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers sei der Zwangsanleihe der Vorzug gegeben worden sei, beruhe darauf, dass schon bei der Ankündigung einer Zwangsanleihe sich die Kapitalflucht eingestellt hat. So lange nicht klar gelegt sei, wie man sich eine Zwangsanleihe denke, könne er sich auch nicht über ihre auswärtigen Wirkungen äußern. Er vertrete den Standpunkt des Kabinetts, das heißt, die Vorlage auf schnelle Erhebung des Reichsnotopfers.

Reichsnotopfers im wesentlichen Umfang darf aber dabei nicht erfolgen. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz betonte, der Druck neuer Noten sei dauernd so hart, dass es unbedingt nötig sei, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Wenn vom Reichsnotopfer 15 Milliarden und eine etwaige Zwangsanleihe 20 Milliarden gewonnen werden können, so werde diese Summe doch den Stand der Valuta zu unseren Gunsten beeinflussen. Das wäre im Hinblick auf den Einfluß von Produktions- und Lebensmitteln im Auslande von unbegreifbarem Werte. Das der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers sei der Zwangsanleihe der Vorzug gegeben worden sei, beruhe darauf, dass schon bei der Ankündigung einer Zwangsanleihe sich die Kapitalflucht eingestellt hat. So lange nicht klar gelegt sei, wie man sich eine Zwangsanleihe denke, könne er sich auch nicht über ihre auswärtigen Wirkungen äußern. Er vertrete den Standpunkt des Kabinetts, das heißt, die Vorlage auf schnelle Erhebung des Reichsnotopfers.

## Entschädigung für die Kriegsgefangenen beantragt.

Berlin, 2. Dez. Von deutsch-nationaler Seite ist im Reichstag ein Antrag gestellt worden, die Reichsregierung zu ersuchen, den zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen diejenigen Schäden und Unkosten zu bezahlen, welche ihnen zum Zwecke der Durchführung der Flucht und zur Befristung ihres Lebens erwachsen sind.

## Die Genfer Völkerbundstagung.

Ein dunkler Tag.

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 2. Dez. Die heutige Sitzung der Vollversammlung dürfte später als ein schwarzer Tag in der Geschichte des Völkerbundes bezeichnet werden. Sie entschied sich entgegen allen Versprechungen, die den Völkern gemacht worden sind, für die Verbeibehaltung des mangelhaften Verfallers Völkerbundespaktes und gegen die immerhin schädlichsten Abänderungsanträge der nordischen Staaten. Es war allerdings vorauszuweisen, dass die Vollversammlung die Kommissionsanträge annehmen würde, aber man hätte auf eine lebhaftere Opposition rechnen können. Die Opposition bestand zweifellos, wagte sich aber nur schwächer hervor. Frankreich, dem sich Valfour in wichtigen Fragen angeschlossen hatte, majorisierte sichtbar die Versammlung. Das charakteristische Merkmal der Debatte war, dass es weit weniger um den Völkerbundspakt, als um den Friedensvertrag mit Deutschland ging. Während bisher von allen Völkerbundsmitgliedern die Tatsache, dass der Pakt in den Friedensvertrag eingekoppelt ist, als zufällig und belanglos hingestellt wurde, hielten sowohl Valfour als auch Bourgeois heute fest, dass der Völkerbundspakt und der Verfaller Friedensvertrag ein unlosbares Ganzes seien. Weil eine Revision des Friedensvertrages nicht gestattet werden dürfe, könne auch der Völkerbundspakt vorläufig keine Änderung erfahren. Dieses Argument, dem sich auch Opportunisten angeschlossen hatten, in der Kommission der schweizerischen Delegation angeschlossen hatte, war von einem Teile der deutschschweizerischen Presse sichtlich mit Beunruhigung aufgenommen worden. Das war zweifellos der Grund, aus dem der Führer der schweizerischen Delegation, Bundespräsident Motta, heute ausdrücklich die Auffassung, wonach aus Rücksicht auf den Friedensvertrag der Völkerbundspakt seine Wiedereinsetzung erfahren dürfe, zurückwies. Diese, von verschiedenen Delegationen ostentativ begrüßte Erklärung rief Bourgeois auf die Tribüne, der, die prinzipielle Erklärung Mottas völlig beiseite lassend, eine nebensächliche Wendung des schweizerischen Delegierten benutzte, um die Einmütigkeit in der Frage festzustellen, dass an dem Friedensvertrage nicht gerührt werden dürfe. Er betonte ausdrücklich, dass der Friedensvertrag eine aus schließlich Sache der Signaturmächte des Verfaller Vertrages sei, und wies nochmals auf den unauflösbaren Zusammenhang zwischen Vertrag und Pakt hin. Eine sehr gemessene Einwendung des holländischen Delegierten und eine kategorische Erklärung des argentinischen Vertreters, dass man gegen den Kommissionsantrag stimmen werde, bewies, dass die französische, von Valfour unterstützte Auffassung auf Widerstand stieß. Nichtsdestoweniger wurde nach einer sehr lebhaften und verworrenen Geschäftsordnungsdebatte und nach der Feststellung, dass in diesem Falle eine einstimmige Annahme nicht notwendig sei, der Kommissionsantrag angenommen. Daraus, dass man die holländischen Anträge auf dem Wege einer Kommission der kommenden Völkerbundsversammlung überweist und dass man einen portugiesischen Zusatzantrag, demzufolge auch neue Abänderungsanträge auf diesem Wege behandelt werden können, annahm, erhielt allerdings der Beschluß der Vollversammlung eine leichte Milderung. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, dass die Genfer Völkerbundversammlung sich fast

einstimmig, auf jeden Fall bindend, gegen die Aenderung des Völkerbundespaktes aussprach, und zwar mit Berufung auf die Gefahr einer etwaigen Revision des Friedensvertrages. Dieses Ergebnis, das auch Bestimmungen nicht voraussehen wagt, darf bis jetzt als wichtigster Beschluß der Genfer Konferenz bezeichnet werden.

## Eine Einladung an Amerika.

10. Genf, 2. Dez. Gemäß dem Wunsche der holländischen Militärkommission hat der Völkerbundsrat eine Einladung an die amerikanische Regierung gerichtet, sich durch Vertreter in beratender Sinne an den Arbeiten der mit der Prüfung der Abklärung betrauten Kommission zu beteiligen. In der Einladung wird betont, dass durch seine normenmäßige Mitarbeit an der Prüfung der Abklärungsfraße die entscheidende Freiheit Amerikas nicht berührt wird.

## Belgien gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht.)

10. London, 2. Dez. Der belgische Außenminister Jaspar bekräftigte auf Anfrage im Senat, dass die belgischen Völkerbundsdelegationen den Antrag hätten, sich der Zulassung Deutschlands zu widersetzen, so lange Deutschland nicht alle Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage erfüllt habe. Gegenüber der Türkei und Bulgarien nehme die Regierung eine andere Auffassung ein. Ueber die Außenpolitik Belgiens sagte der Minister, dass Belgien jede Verpflichtung, die es zugunsten seiner Verbündeten übernommen hat, ausführen wird. Graf D'Alviella dankte dem Minister für die Worte und fügte hinzu, dass aus der deutschen Presse zu erfahren sei, wie Deutschland das selbe geblieben sei als vor dem Kriege.

## Badischer Landtag.

Kurze Anfragen. — Der II. Nachtrag.

(Eigener Bericht.)

Die erste Vollversammlung nach der durch die Verzögerung der Ausschüsse bedingten siebenwöchigen Parlamentspause erhielt besondere Bedeutung durch die Vorlage des II. Nachtrages zum Staatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1920, der eigentlich nicht mehr als Nachtrag angeprochen werden kann, sondern mehr ein fast vollständig umgearbeiteter Voranschlag ist. Das Kabinet war vollständig vertreten, umgeben von einem Stab von Regierungskommissaren. Das Haus wies verhältnismäßig wenig Väter auf. Der Nachfolger der Frau Abgeordneten Platinius von Freiburg, Dr. med. Vot von Mühlheim, hatte sich ebenfalls eingefunden; er ist in diesem Hause bekanntlich kein Fremder, denn er gehörte ihm bereits von 1913 bis zur Revolution an. Der Präsident mußte zur Bekanntheit der Eingänge über 20 Minuten verwenden, davon allein 10 Minuten zur Verlesung der Gesetze von Beamtenkategorien um Abänderung der Besoldungsordnung. Die Zahl der von der Regierung zu beantwortenden kurzen Anfragen wuchs gleichfalls von Sitzung zu Sitzung. Gestern wurden im ganzen 14 solcher Anfragen beantwortet. Dem demokratischen Abgeordneten Dr. Glöckner erwiderte der Staatspräsident, dass dem Landtag in halsbrecherischer Weise ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Frage der Aufhebung der Stammgüter regelt (§ 66a der badischen Verfassung). Aus der Antwort des Finanzministers auf eine Anfrage des Zentrumsabgeordneten Dr. Baumgartner geht hervor, dass die Steuerkommission jetzt wieder an den einzelnen Orten die Ab- und Aufschreibungen vornehmen können. Dem deutschnationalen Abgeordneten D. Mayer-Karlruhe entgegnete Regierungsrat Pfisterer, dass die Zwangswirtschaft für Zuderrücken aufgehoben, ihre Verarbeitung zu Schnaps aber nur mit Genehmigung des zuständigen Hauptsteueramts zulässig ist. Die kurzen Anfragen des Zentrumsabg. Straub und des demokratischen Abg. Niederbühl auf Umwandlung der Rastatter Bürgerschule in eine Realschule beantwortete Regierungsrat Geib dahingehend: Die Regierung wäre in der Lage, ihre Zustimmung dazu zu geben, wenn der Landtag die feinerzögliche Erklärung des Rastatter Bürgerausschusses über die Beitragsleistung schon jetzt als bindend betrachten würde. Dem sozialdemokratischen Abg. Großhans erwiderte der Finanzminister, dass der Regierung die Vorlage der außerplanmäßigen Beamten, der Bureau- und Kantlebeamten um, wohl bekannt ist und dass sie alles tun wird, was in ihren Kräften liegt, um diese Vorlage zu lindern; dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die badische Regierung über die reichsrechtlichen Bestimmungen nicht hinausgehen kann. Regierungsrat Pfisterer bemerkte gegenüber einer Anfrage des deutschnationalen Abg. Mayer, vom Sanitätsmaterial sind nur die reinen Truppen- und Ausrüstungsstücke preiswert zur Verfügung gestellt worden; die ärztlichen Instrumente und Geräte wurden zur Dedung des Restbetrages bei Kasarett verwendet. Die Errichtung von Pachtbüch-ämtern steht, wie der Arbeitsminister dem Zentrumsabgeordneten Senzler entgegen, un-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfasst 8 Seiten.

mittelbar bevor. Der gleiche Minister teilte dem Zentrumsgesandten Biernessel mit, daß bei Wohnungsbauten die Bestimmungen der Landesbauordnung möglichst angewendet werden sollen. Der demokratische Abg. Viehhauser hatte, wie wir feinerzeit im Vorklaut mitteilen, gefragt, wie bei der Ausführung der geplanten Kanalisierung von Flüssen die Interessen der Landwirtschaft gewahrt werden. Arbeitsminister Müller erklärte, bei der Ausarbeitung des Regierungsentwurfs für die Kanalisierung ist auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse große Rücksicht genommen worden. Dem demokratischen Abgeordneten Stork erwiderte Regierungsrat Pfisterer, der in dem bekannten Rundschreiben des Freiburger Kommunalverbandes Land enthaltene Satz, die nicht-abschließenden Landwirte werden in die schwarze Liste aufgenommen, die dann der Freiburger Arbeiterkammer vorgelegt werde, sei schärfstens mißbilligt worden; es werde keine schwarze Liste geführt und der Kommunalverband Freiburg-Land sei zu der Erklärung aufgefordert worden, wie diese Entgleisung habe vorkommen können. Dann gab Staatspräsident Trunk Antwort auf die Anfrage einiger sozialdemokratischer Abgeordneten und sagte dabei: Das Staatsministerium hat durch das Reichswirtschaftsministerium Kenntnis erhalten, daß Frhr. v. Menzingen folgenden Brief an Generaldirektor Albert Reiter in Neuworb geschrieben hat:

Hochwürdigster Herr! Ich habe gestern Herrn Kurt Brenner hat, mich mit amerikanischen Geldbesitzern in Verbindung zu setzen, die Sie zu wenden, weil Sie hierfür Gelegenheit haben, solche Herren zu sehen. Da ich vor Jahren Sie im Stepani kennen lernte, auch durch den verstorbenen Herrn Brenner viel von Ihnen gehört und Ihren wirtschaftlichen Aufstieg mit lebhaftem Interesse verfolgt habe, so mache ich mir Freude, jetzt in Verbindung mit Ihnen zu treten. Ich hoffe, Sie werden aus landwirtschaftlichen Gründen meine Bitte erfüllen. Sie wissen, daß wir in einer schlimmen wirtschaftlichen Lage uns befinden. Die hohen Steuern drohen uns zu erdrücken. Dazu kommt die Unsicherheit, welche die drohende Sozialisierung und der Bolschewismus uns bereiten. Wir sind daher genötigt, uns nach Sicherheiten umzusehen. Der Gedanke, daß amerikanische Geschäftsleute uns vor Sozialisierung, Verschleppung usw. schützen, also eine Art Versicherung bieten, liegt nahe. Ich bin Präsident einer Vereinigung von arbeitslosen und kleineren adelichen Grundbesitzern in Baden, deren Real 25000 Hektar im Preiswert von etwa 80 Millionen Mark umfasst. Wir suchen mit den sogenannten Standesherrn, d. h. den Herren von Nürtingen, Weingenen usw. uns zu verbinden; der Besitz der Herren dürfte den Wert von 100 Millionen übersteigen. Des Weiteren ist geplant, den gesamten Grundbesitz zu organisieren, soweit 20 Hektar und mehr in einer Hand sich befinden.

Meine Bitte geht nun dahin, daß Sie mich mit Namensteilen in Verbindung bringen, welche geneigt sind, ihr Geld in Immobilien anzulegen. Beim heutigen Datumsstand scheint mir die Anlage für die Dollarwerte nicht unrentabel zu sein.

Wiesedlitz hatte gelegentlich von Seiten der amerikanischen Finanzherren hier ein Personalbüro bestellt worden, der zunächst die Beschlüsse prüft. Zudem ist Ihnen, hochwürdigster Herr, im voraus für Ihre Bemühungen dankt, bis ich mit anschließender Hochachtung

Die ergebener  
des Frhr. von Menzingen.

Frhr. v. Menzingen hat dem Staatsministerium folgendes erklärt: „Ich lege Wert darauf, ehrenwürdig zu erklären, daß weder ein Standesherr, noch ein Grundherr, noch sonst irgend ein Grundbesitzer Anregung und Auftrag zu diesem Brief gegeben hat. Ich habe auf eigene Faust und ohne Vorwissen anderer gehandelt.“ Der Frhr. v. Nürtingen hat sich gegen den Brief des Frhr. v. Menzingen scharf gemeldet, ebenso der stellvertretende Vorsitzende des Vereins badischer Grundbesitzer und zwar durch besondere Zuschriften an das Staatsministerium. § 66 der badischen Verfassung verlangt bis zum Erlaß der Ausführung des Gesetzes zur Vererbung von Familien- und Stammgütern mit Einschluß des Fideikommisses des Groß- Hauses die Genehmigung durch das Staatsministerium. Demgemäß muß zur hypothekarischen Belastung von Grundstücken jeweils die staatsministerielle Genehmigung nachgefordert werden. Eine Bestätigung des Justizministeriums ergibt, daß ausländische Geldgeber bei der bisherigen Genehmigung von hypothekarischen Belastun-

gen von Gütern keine Rolle gespielt haben. Hypothekarische Belastungen bisher gebundenen Vermögens kamen nur in ganz wenigen Fällen vor. Der Staatspräsident teilte ferner auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Wehner mit, daß das Staatsministerium nachträglich auch den freireligiösen Landesgemeinden Baden den Gesetzentwurf über die religiöse Erziehung der Kinder zur Stellungnahme übergeben habe. Der Finanzminister beantwortete die Anfrage der Heidelberger Abgeordneten Dr. Reiser und Dr. Gothein über den Verfall des Heidelberger Schlosses dahingehend, daß mit der laufenden Ueberwachung und Unterhaltung zwei Schlossmaurer unter Aufsicht der Bezirksbauinspektion dauernd beschäftigt seien. Die Verwertungsarbeiten haben zu dem Ergebnis geführt, daß die durch Wind und Sonnenstrahlen verursachten Bewegungen so gering sind, daß keine Gefahr vorliegt.

Finanzminister Köhler legte hierauf den Entwurf des zweiten Nachtrags des Staatsvoranschlags vor und betonte, dieser sei unter Beobachtung größter Sparsamkeit angefertigt worden. Es wurde versucht, die ordentlichen Ausgaben mit den ordentlichen Einnahmen in Einklang zu bringen. Alle Ausgaben, ausgenommen die für Wohnungsbauten, sind eingeschränkt worden, weiter sind keine Anforderungen von Beamten für planmäßige oder außerplanmäßige Stellen gemacht worden. So sei es möglich geworden, daß der ordentliche Aufwand in Ausgaben mit 504,7 Millionen Mark und in Einnahmen mit 502,2 Millionen Mk. abschließen könnte und sich nur Mehrausgaben von 2,5 Millionen Mark ergeben. Im außerordentlichen Etat seien an Ausgaben 178,2 Millionen Mk. und in Einnahmen 90,4 Millionen Mk. vorgezogen; hier betragen die Mehrausgaben 87,8 Millionen Mk. und die Gesamtmehrausgaben 90,8 Millionen Mk. Zur Deckung dieses Mehrausbetrages steht uns der Betriebsfonds zur Verfügung. Weiter wird die Regierung Maßnahmen vorschlagen, durch die eine Erhöhung der Einnahmen erreicht werden soll. Eine davon sollen die Schulbeiträge der Gemeinden sein; die Regierung rechnet hier mit einer Mehreinnahme von 87 Millionen Mk. Außerdem werden dem Etat verschiedene Gesetzentwürfe angehängt a. B. über die Neugestaltung der Ertragssteuer auf Grund des gewerblichen Betriebsvermögens, wodurch 25 Millionen Mark mehr aufgebracht werden sollen, ferner Körperschaftsteuer, Jagdabgaben, Neufestsetzung der Wandergewerbesteuer, Erhöhung der Gerichtsgebühren. Die Regierung hofft, den Etat des laufenden Jahres durchzuführen zu können. Dieser ist streng aufgestellt worden; mancher berechtigter Wunsch konnte nicht erfüllt werden. Die Zahl der planmäßigen Beamten im Jahre 1914 betrug 18 864, im Jahre 1920: 25 523; diese Vermehrung ist nicht allein eine Folge der Novemberumwälzung, sondern sie hat schon während des Krieges eingesetzt und bezieht sich in der Hauptsache auf die Erhöhung der Zahl der Gendarmen, der Schutzleute, Krankenpfleger, Landstrassenwärter, Lehrer und Professorenen. Die Gesamtbesoldung der Beamten und Angestellten an Gehalt usw. betrug 1914: 44,6 Millionen und 1920: 81,6 Millionen Mk. Der II. Nachtrag ist ein Vorschlag der Sparsamkeit und der Aermut. Weitere Verwaltungsvereinfachungen können unter keinen Umständen geschaffen werden. Die Einführung der zweijährigen Budgetperiode wurde von der Regierung geprüft und sie wird sich sehr wahrscheinlich durchführen lassen. Gegen die Steuerhinterzieher wird noch wie vor streng vorgegangen werden; es wurden Hausdurchsuchungen abgehalten und, um Verbunddelinquenzen vorzubeugen, Verhaftungen vorgenommen. Die Befolungsfrage der Beamtenenschaft beschäftigt die Regierung nach wie vor. Der Reichstag wird in den nächsten Tagen die Befolungsordnung fertig stellen und dann wird auch das Land Baden seine Befolungsordnung der des Reiches angeleihen; die Vorkarbeiter dazu sind schon im Gange. Ältere Einleitungen usw. werden allerdings im Sperrgebiet eine Grenze finden. Die Frage einer allgemeinen Erhöhung der Teuerungszuschläge ist in der letzten Zeit mehrfach behandelt worden, aber es war allgemein die Auffassung — auch bei der Konferenz der Fi-

nanzminister — vertreten, daß es für die Finanzen nicht erträglich und wirtschaftlich nicht vertretbar ist, gegenwärtig eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszuschläge durchzuführen. Die Not der Beamenschaft ist dem Finanzminister in allererster Linie bekannt. Die Regierung weiß, daß ein Teil unserer Beamten, namentlich die außerplanmäßigen, sich in schwieriger Bedrängnis befindet. Eine Durchprüfung der finanziellen Kräfte der Länder und des Reiches hat ergeben, daß es rein unmöglich ist, eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszuschläge vorzunehmen. In der Finanzministerkonferenz war man der Auffassung, daß Geld allein hier nicht mehr helfen kann. In Berlin ist man der Auffassung, daß unbedingt mit dem Senken der Warenpreise begonnen werden muß, was nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Wenn das Reichsgeld verabschiedet ist, wird sofort die notwendigen Änderungen vornehmen, um die Not der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen zu lindern. Die badische Regierung beabsichtigt, Anweisung zu geben, daß die Monats- und Vierteljahresbezüge noch vor Weihnachten ausbezahlt werden. Im Dezember sollen auch keine Vorhülle abgezogen werden. Die 48-Stundenwoche und die geteilte Arbeitszeit sind seit Oktober eingeführt; dafür geführt unserer Beamenschaft Dank. Scharf wandte sich der Minister gegen die zutage getretene passive Resistenz und teilte mit, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner ihm erklärt habe, daß sie davon nichts wissen wolle. Das Ausführgesetz zum Landessteuergesetz wird dem Landtag bald zugehen. Zum Schluß seiner Ausführungen machte der Minister noch auf die Gefahren aufmerksam, die uns von der Entente her drohen.

Gegen 6 Uhr trat das Haus in die Erledigung der Tagesordnung ein. Einmündig und ohne Erörterung wurden folgende drei Gesetzentwürfe angenommen: Verlegung des Rechnungsjahres der Kreisverbände und deren Aufbau im Rechnungsjahr 1920, Veränderung des Dienstleistungs- und Lizenzkostengesetzes und Branntweinmonopol. Die Verhandlungen wurden wieder lebhafter, als der demokratische Abg. Fejn folgende grundsätzliche Anfrage seiner Fraktion begründete: „In den Gemeinden des Hinterlandes zurzeit ein Gemeindefiskus für Elektrizitätsversorgung angefordert von 100 M. auf den Kopf der Einwohner. Beim Uebergang der Elektrizitätsversorgung vom Kreis Mosbach auf den Staat wurde eine gleiche Behandlung wie in Mittelbaden zugesichert. Ist die Regierung bereit, die Elektrizitätsversorgung in ganz Baden gleichmäßig zu regeln und daher namentlich auch den Gemeinden entgegenzukommen, denen eine frühere Versorgung mit Elektrizität dadurch unmöglich gemacht wurde, daß der Staat ihre vielfach schon vor langen Jahren eingereichten Anträge auf lokale Versorgung abgelehnt hat?“ Der Antwort des Arbeitsministers Müller ist zu entnehmen, daß sich der Baukostenbeitrag für das Hinterland wesentlich höher stellt als für Mittelbaden. Abt der Regierung sei, allen Versorgungsbedürfnissen möglichst gleiche Strombezugsbedingungen zu gewähren, obwohl die Stromerzeugungskosten und die Bezugskosten in den einzelnen Bezirken verschieden sind. Infolge des Mangels an Isolatoren war es nicht eher möglich, Strom abzugeben. Die Regierung hofft, daß die Strecke Mannheim-Heidelberg des Redarfanals in 3 Jahren ausgebaut ist; dann könnten die zwei größten Kraftwerke am Neckar das Hinterland ausreichend mit Strom versorgen. Die einzelnen Landesteile bei der Vertragserfüllung in den Herstellungskosten gleichmäßig zu behandeln, sei nicht möglich; die Hauptsache sei, daß der Strompreis für das ganze Land gleich gestaltet werden könne. Um alle Teile des Landes konkurrenzfähig zu erhalten, müssen die dauernden Kosten gleichmäßig sein.

Im Anschluß hieran begründete hierauf der Zentrumsvizepräsident folgende grundsätzliche Anfrage: „Ist die Regierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in den oberbadiischen Bezirken, in denen zurzeit die Elektrizität eingeführt wird, nicht wie vorgesehen nur Kraftmotoren mit höchstens 1½ PS aufgestellt werden dür-

fen, sondern, wo es nötig ist, solche bis zu 5 PS? Arbeitsminister Müller gab nicht zu, daß die Seegegend bei der Elektrizitätsversorgung stiefmütterlich behandelt worden sei. Bisher war es nicht möglich, diese Gegend mit elektrischer Energie zu versehen, denn das Glisauer W. ist heute noch nicht ausgebaut und nur von diesem Werk kann die Seegend Strom erhalten. Heute vormittag um 9 Uhr beginnt die Besprechung der beiden Interpellationen.

**Aus Baden.**

**Eisenbahn-Unfall.**

**W. Karlsruhe, 2. Dez.** (Anschl.) Gestern nachmittags kurz nach 4 Uhr stieß auf der kurzen, in scharfem Bogen liegenden freien Strecke zwischen den beiden Triebzügen der Rehrunnels der Eisenbahn von Billingen kommende Personenzug 1425, fahrplanmäßig Triberg an 4.14 Uhr, auf einige vom Gegenzug 7706 an gleicher Stelle eingeleitete und beide fahrplanmäßig sprengende Güterwagen auf, wodurch der Packwagen eingeleitete und zwei weitere Wagen leicht beschädigt wurden. Die Reisenden nahmen keinen Schaden. Ein Bremser des Güterzuges ist leicht verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend. Der Personenzug wurde durch Umsetzen aufrechterhalten. Der volle Zugverkehr ist seit dem 2. Dezember früh 4 Uhr wieder aufgenommen worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

**X Wiesloch, 2. Dez.** Bei einem heftigen Landwirte ereigneten zwei Männer und erklärten ihm unter Vorzeigen einer Legitimation, sie seien vom Landesfinanzamt in Karlsruhe gesandt, um eine Steuerveranlagung zu prüfen und sein Geld zu beschlagnahmen. Die angehenden Beamten wollten auch das Schränkchen, in dem der Landwirt sein bares Geld aufbewahrt. Er legte es den beiden Fremden vor im Beirag von mehreren Tausend Mark. Glücklicherweise kam die Polizei der Landwirte dazu und erkannte, daß man es mit Schwindlern zu tun hatte. Die beiden Männer suchten dann das Weite, als noch andere Personen zu dieser scheinbaren Revision kamen.

**X Mannheim, 2. Dez.** In Ludwigshafen brannte die Autogarage von Jakob Ruppel nieder. Mitverbrannt sind zwei Personenkraftwagen und ein Kasko. Der Schaden wird auf über eine 1/2 Million geschätzt.

**rr. Mannheim, 2. Dez.** Der Bürgerausschuß genehmigte heute nach über vierstündiger Beratung die vom Stadtrat vorgeschlagene Erhöhung des Tarifs der städtischen Straßenbahnen. Danach gilt vom 5. Dezember an für die Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen ein Fahrpreis von 1 M für 1-5 Teilscheiden, von 1.50 M für 6 und mehr Teilscheiden, für Kinder von 6-12 Jahren gilt ein Einheitspreis von 50 Pfg. Die Monatsfahrkarte wird für das Mannheimer und Ludwigshafener Netz von 140 M auf 160 M, für das Mannheimer Netz von 120 M auf 140 M erhöht. Die Monatsfahrkarte kostet fort für 5 zusammenhängende Teilscheiden 80 M (bisher 48 und 64 M), für 6 und mehr Teilscheiden 112 M (bisher 80 und 96 M). Die Wochenfahrkarte fallen weg. Dafür wird für 12 Fahrten ein Fahrpreis von 10 und 15 M ausgesetzt. Die Wochenfahrkarte für Schüler und Schillerinnen der Volksschulen und der staatlichen Mittelschulen kosten für täglich zweimalige Fahrt ohne Rücksicht auf die Länge der Strecke 5 Mark.

**e. Ebersbach, 2. Dez.** Das Choronzert des Karlsruher Motorenchor im Böwenaal bot ganz eigenartige, hier selten gehörte Genüsse; der Chor sang nicht nur eigentliche Motetten, d. h. mehrstimmige a capella-Chöre über religiöse, meist biblische Texte, sondern auch über weltliche Texte, ja geradezu Volkslieder. Die zum Teil sehr schweren Chöre wurden mit tadelloser Reinheit, mit feinsten dynamischer Schattierung gesungen. Der Dirigent, Universitätsmusikdirektor Dr. Hermann Popp, aus Heidelberg, hat seinen Chor sehr stark in den jetzt und dirigierte sehr geschickt und mit den feinsten Nuancen. Er holte aus der oft sehr ver-

**Badisches Landestheater.**

**Der lebende Leichnam.**

Drama in zwölf Bildern von Leo Tolstoi. Gottfried Keller wurde durch eine Zeitsungsmöglichkeit zu einer seiner berühmtesten Selbstopfer Geschichten angeregt. Der Vorwurf zu Romeo und Julie auf dem Dorje" beruht auf einem tatsächlichen Begebenheit. Wie ein Uebersetzer Tolstois berichtet, ist das im Nachhinein vorgefundene Drama „Der lebende Leichnam“ gleichfalls nach einer wirklichen Begebenheit geschrieben worden. Ein Richter hat dem Grafen Tolstoj von einem seltsamen Prozeß einer Doppelheirat erzählt. Der Schweizer Dichter machte aus dem außerordentlichen Geschehnis, das nach der bekannten Definition den Kern der klassischen Novelle bilden soll, eine Novelle. Tolstoj sah die den ungewöhnlichen Novellenstoff in jenseitige Form, gab selbst sie aber nicht an das Theater. In der Lesart ist der „Lebende Leichnam“ in der Tat eine Novelle geworden, und selbst der jenseitige Ablauf der am Karlsruher Landestheater zum erstenmal aufgeführten, an die Geschichten eines Edgar Allan Poe oder E. T. A. Hoffmann erinnernden Gattung ungeeignet und in viele Zufälle verwickelten Begebenheit hat die Vorlesung einer ausgesprochenen Novelle nicht abgetrieben. Die breite und in der Umweltdarstellung auf zwölf einzelne Bilder sich erstreckende jenseitige Präzisierung eines Ausnahmefalles mit lähmenden Wiederholungen, Ergänzungen und Vornahmen ist kein Drama geworden. Dramatische Einzelsätze finden sich zwar, so in der Schwankung der Verlesungsinformationen der Lisa — was übrigens von ganz wunderbarer, tiefster feinsten Kraft und Wahrscheinlichkeit spricht —, und dann in der zwingenden Entwicklung des Bedja, der sich nach schweren Kämpfen zum Opfer der seine Frau und seinen Freund erlösenden Selbsttötung durch-

Die Fabel ist einfach und in gewisser Beziehung eine komplizierte Variante des Enoch-Arden-Motivs. Bedja fühlt nicht die letzte und werdende Harmonie mit seiner Frau Lisa. Er wird zum Lumpen, läßt zur Heuerernte, will sich aus der Welt schaffen, um seiner Frau und dem gemeinsamen Freund zu der von ihm ehrlich und herzlich gewünschten Vereinigung zu verhelfen. Bedja setzt anfanglich die Pistole ab, der Selbsttötungsversuch geht aber seinen Gang. Lisa heiratet in gutem Glauben an den Tod des Vater den Freund Karenin, Bedja taucht in der Kasse unter. Dort wird sein zufälliges Gespräch über sein Ehe- und Lebensschicksal von einem Verbrecher belauscht und zur Denunziation ausgebeutet. Das Gericht greift zur Anklage wegen Bigamie, um so mehr, als Indizien für eine absichtliche Verlesung sprechen. Die zweite glückliche Ehe müßte zerbrechen, Sibirien droht, da erlöst Bedja sich von seinem verfluchten Leben und seine Geliebten von Schande und Trennung.

Das Stück, das in Varianten nun bei der phantastischen Vermischung der Kriegskünste überall sich in verschiedener Form sehr wohl mit oder ohne dolois ereignen könnte, ist in den Charakteren nur dem Kenner der russischen Literatur oder natürlich besser dieses Volkes reiflos verständlich. Wer die alkoholischen Heiligen, die musikalischen Trinker, die weichen Weltverbesserer und zwischen Bedbrechen und Sentimentalität schwankenden beiden eines Gonistors (man erinnere sich an den zum Topus gewordenen „Oblomoff“ und an den „Mstislaw“ dieses bedeutenden, aber weniger geliesenen russischen Dichters) eines Doktorskennt, wer die unheimlich-grotesken Gestalten eines Gogol im Gedächtnis hat oder die „Anfernung“ Tolstois selbst gelesen hat und dergestalt mit den uns wesensfremden, aber eigenartig faszinierenden Charakteren vertraut ist, der allein wird dem Bild des Bedja gerecht. Doch ist damit nicht gesagt, daß Bedja in seiner Rahlität zwischen Lisa und Mädchenarmen und rührenden

selbstlicher Selbstlosigkeit uns erschüttert und erhebt. Auch Furcht steigt nicht auf, nicht einmal Mitleid. Dazu ist die ganze Dichtung zu äußerlich. Bedja ist wert, daß er zugrunde geht.

Die abenteuerliche, bunte, in finsternen Bildern vorüberziehende jenseitige Novelle selbst aber trotzdem auf ihre Weise außerordentlich. Auch ist eben ein Dichter von Beltrag der Autor, der die russische Volkseele aufzukleben läßt wie außer ihm nur jeder Doktorswölfi. Der Titel ist schrecklicher als der Gehang es verdient. Kriegssoldaten erinnern sich an wirklich „lebende Leichname“. Das geschah, wenn im Niemandsland ein Kamerad tags- und nachts über ihn, man solle ihn töten, und das geschah, wenn im Drabingerhau ein angehöfener Menschenbruder hing und schwankte, als wäre er noch lebendig.

Das Drama edel russischen Lebens erzählte in der hiesigen Aufführung dank einer liebevollen und eifrigen Herausstellung durch den Oberregisseur Felix Baumhach eine sehr starke Wirkung. Der in jedem Menschen festende Hang zur Selbsttötung und die bei Deutschen noch besonders ausgeprägte Neigung zum Freitode sind in dem Ausnahme des Stückes sehr einleuchtend. Dazu trug aber, wie gesagt, ganz erheblich die künstlerische Ertränge des Regisseurs und die geschmackvolle Scene, die Emil Burkard bis zu rührenden Einzelcharakteristika ausgezeichnet gestellt hatte, bei. Nicht zuletzt natürlich die Personenbesetzung und dabei die der führenden — fast allein wichtigen — Rolle des Bedja. Rudolf Esfeld bringt schon äußerlich mit seinem schlaffen Körper, mit seinem weich verklärten Organ und mit seinem nicht unwillkürlichen Gesichtsschnitt adäquate Züge mit, hat aber auch geistig den lässig-gentilen lumpenhaften Verfall des unglücklichen Mannes vortrefflich verkörpert. Mit Recht wurde ihm der stärkste persönliche Beifall zuteil. Für das gesamte Schauspielpersonal — wir vermischen nur Melante Esmath — gab der lebende

Leichnam mehr oder minder bedeutende Nebenrollen ab, so daß wir uns die Auffassung gewiß sparen dürfen. Doch seien noch als hervorzuheben genannt: Die Lisa Alwine Müller, die mit ihrer naturgewachsenen Begabung warme Töne fand und an Stelle lebensvoller Größe stille, zermürbende unselbstgefällige Prägnanz zu setzen hatte. Vortrefflich schon in der Maske, war der Karenin des Robert Bürkner, er machte die Waise wahrhaft vornehm und edel Aristokratenhaft überaus lebendig. Au der Heuerernte der Adele Erbenach waren die seidenen Florierampfen immerhin eine ethnographische Merkwürdigkeit; das triebhaft naturbolsche kam in ihrer Darstellung nicht zu voller Auswirkung. Darin war a. B. Elfe Noorman trotz der wenigen Worte von eindringlicher Charakteristik. Ilse Badler hätte nach subjektivem Urteil mit Danil Raffe tauschen können. Im ganzen ist die ungemene Fülle der 40 Figuren der Bilder in dem Reichum unseres Schauspielpersonals erfreulich zum Ausdruck gekommen. Man sollte nicht nur, man sah den starken Willen, die große Kenntnis, die gewandte Hand des Leiters der Aufführung. Die Verlebendigung der bewegten Szenen war meisterlich, die musikalische Ausstattung mit Gertrud Leibiger sehr fein, der Ablauf mit Drehbühne und Verdunkelung stimmungsgebend, das Ganze ein Ehrenspiel des Karlsruher Schauspielers. Von nochgeblicher Seite teilt man mit, daß für die glatte und gut funktionierende Tätigkeit des in Frage kommenden technischen Personals Herr Schlimm mit seinen Mitarbeitern Anerkennung gebührt.

Am Sonntag hatte der Theaterkulturverband mit Baumhach, Kienker, Kreuznach und Pachen eine Einführung in die Dichtung Tolstois und speziell in das heutige Drama gegeben. Die Morgenveranstaltung genügte durchwegs normalen Ansprüchen, ging aber, augenscheinlich infolge einer Improvisation ad hoc, nicht in die Tiefe des rätselhaften Problems Tolstois. —



Eröffnung eines amtlichen Reisebüros in Karlsruhe.

Mit dem 1. Dezember wurde eine für das Verkehrsleben der Landeshauptstadt wichtige Einrichtung ins Leben gerufen. Der Verkehrsverein in Karlsruhe hat in seinen Räumlichkeiten, Bahnhofplatz 6, ein Reisebüro eingerichtet, das durch Anknüpfung an das Mitteleuropäische Reisebüro Berlin und die Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft (Mitropa) in der Lage ist, alle Vorteile, Einrichtungen und Reiseleistungen jener großen Verkehrsunternehmungen zu bieten. Neben dem Verkauf amtlicher Eisenbahnfahrkarten wird der Verkehrsverein fünftig auch die beliebtesten zusammenstellbaren Rundreisefahrten für die deutschen Bahnen zu amtlichen Preisen ausgeben. Die Rundreisefahrten gelten für alle Jüge und sind 60 Tage gültig, sie müssen mindestens 300 bzw. 600 Kilometer umfassen. Die Fahrt kann innerhalb der Gültigkeitsdauer beliebig unterbrochen werden, wobei die erneute Lösung von Schnellzugsfahrkarten erpart wird und das Gepäck direkt bis zur Zielstation aufgegeben werden kann. Bei jeder größeren Reise kann man auf diese Weise sich schon bei der Abfahrt mit den Fahrplänen für die ganze Fahrt versehen und das oft lange Warten bei Schalterandrang in den großen Verkehrsplätzen Deutschlands vermeiden.

In die Reisebüroaktivität fallen ferner: die Vermittlung von Schlafwagenplätzen, sowie von Rundreisefahrten nach dem Ausland und die Annahme von Bestellungen auf Schiffsplätze für deutsche und außerdeutsche Dampfer nach allen Weltteilen. Die bisher schon sehr begehrten Reise-Unfall- und Reisegepäck-Vericherungspolice werden auch weiterhin zur Ausgabe gelangen. Nach auswärts werden die Fahrkarten und Rundreisefahrten auch mit der Post versandt. Hierbei können die Kunden von allen wichtigen Stationen aus angetreten und dort beendigt werden. Es ist zu wünschen, daß von dieser neuen, wertvollen Einrichtung des Verkehrsvereins recht lebhafter Gebrauch gemacht wird.

Berichtsaal.

§§ Karlsruhe, 2. Dez. Die zweite Strafkammer hatte sich mit einer Geldstrafe zu befassen. Der Fabrikant Ernst Fuchs hatte aus Vorleben und der Fabrikant Wilhelm Wed aus Pfälzungen betrieben in Forstheim eine Goldwarenfabrik und getrieben mittel- und in Streit. Um seinen Teilhaber aus dem Geschäft herauszubringen, setzte er ihm bei der Polizei wegen Fuchses an. Fuchses hatte nämlich von seinem Schwager Max Wed aus Forstheim, der als Privatier in der Gold- und Silberwarenfabrik von Dr. Richter beschäftigt war, in mehreren Fällen Geldschüsse gestiftet, die dieser an seiner Probebeste entwendet hatte. Die Untersuchung ergab, daß auch Wed an der Fuchses beteiligt war in 42 Fällen Gold im Werte von 25 000 Mk. für etwa 15 000 Mk. von dem Fuchses gekauft hatten. Das Gericht verurteilte den Wed wegen Diebstahls zu 1 Jahre Gefängnis, den Fuchses und den Wed wegen gemeinsamer Diebstahls zu je 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. In den Strafen gehen je 5 Wochen für verbüßte Untersuchungsstrafe ab.

Die dritte Strafkammer verurteilte gestern den Kaufmann Stefan Bos aus Eberbach, der in Dos-Scheuern aus einem Stalle zwei Pferde gestohlen und sie in Marzfeld verkauft hatte, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zu 3 Jahren Ehrverlust. 3 Monate der Gefängnisstrafe sind durch die Untersuchungsstrafe verbüßt. R. Freiburg, 2. Dez. Der Agent Robert Weinmann aus Eberbach hatte im Auftrage der Direktoren der Chemischen Fabrik Badensheim bei Weinsbach bei Eberbach und Albert Hinkel, einen großen Posten Transaktionsfleisch der Stadt Freiburg offeriert, das von einer französischen Handelsfirma herührte und einer bei der Weinsbach als Lebensmittelrohwarendeckung zweifelhafte Verlässlichkeit gehörte. Der Preis betrug ursprünglich 5 Francs 25 Cent. Die Badensheimer Direktoren verurteilten den Eigentümer des Fleisches an veranlassen, anzugeben, der Preis des Fleisches betrage 6 Francs. Dieser ging aber nicht auf diese Zumutung ein und setzte der Stadt Freiburg durch einen Brief an den Oberbürgermeister den wahren Sachverhalt an. Außerdem erbot er sich, das Fleisch unter Aufsichtung leben Zwischenhändler an die Stadt zum ursprünglichen Preis zu liefern. Auf dieser Grundfrage kam dann der Handel zustande, die Stadtverwaltung kaufte 5 Eisenbahnwagen des Transaktionsfleisches. Sämtliche Fleischnote im Handel in der von ihm geplanten Weise fertig gebracht, so hätte er 40 000 Mark verdient. Die Strafkammer verurteilte Weinmann zu 200 Mark Geldstrafe, die Direktoren Weder und Hinkel zu Geldstrafen von je 20 000 Mark.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Deutsche Bank.

Die außerordentliche Generalversammlung beschloß einstimmig nach Maßgabe der von der Deutschen Bank gemachten notariellen Angebote, den Abschluß von Fusionsverträgen mit der Hannoverischen Bank, der Braunschweiger Privatbank, Aktiengesellschaft, und der Privatbank zu Gotha zu genehmigen. Nach den zur Verlesung gelangten Fusionsverträgen sind die Aktionäre der auf die Deutsche Bank übergehenden Banken zum Umtausch ihrer Aktien in solche der Deutschen Bank darat aufzufordern, daß die Aktionäre der Hannoverischen Bank und der Braunschweiger Privatbank, A.-G., 2/3 des Nennwerts ihrer Aktien und die Aktionäre der Privatbank zu Gotha 1/2 des Nennwerts ihrer Aktien in solchen der Deutschen Bank erhalten. Für im Jahre 1920 neu begebene nom. 18 000 000 Mk. Aktien der Hannoverischen Bank und nom. 4 000 000 Mk. Aktien der Braunschweiger Privatbank, A.-G., die nur 1/2 Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1920 haben, werden Aktien der Deutschen Bank ebenfalls mit 1/2 Gewinnanteilberechtigung für 1920 begeben. Im übrigen sind den Aktionären der genannten drei Banken Aktien der Deutschen Bank mit voller Gewinnanteilberechtigung für 1920 zu liefern. Gegenüber den Aktionären, die ihre Aktien nicht gemäß der besonders zu erlassenden Aufforderung rechtzeitig zum Umtausch in Deutsche-Bank-Aktien einreichen oder in einer nicht zum Umtausch genügenden Zahl, wird nach § 290 H.G.B. verfahren. Das Grundkapital der Deutschen Bank wird von 275 000 000 M. auf 400 000 000 Mk. durch Ausgabe von 125 000 000 Mk. auf den Inhaber lautende Stücke erhöht, von denen 65 000 000 Mk. über je 1000 Mk. und 60 000 000 Mark über je 1200 Mark lauten. Die neuen Aktien erhalten volles Gewinnanteilrecht vom 1. Januar 1920 an bis auf 14 600 000 Mk. Stücke über je 1000 Mk., die für das Geschäftsjahr 1920 nur mit 1/2 Gewinnanteilrecht ausgestattet sein sollen. Von den neuen Aktien sind abzüglich jener, die zur Durchführung der Fusionen benötigt werden, nom. 74 833 000 Mk. zum Kurse von nicht unter 220 Prozent gegen Barzeichnung zu begeben, und zwar mit der Verpflichtung für den Unternehmer, nom. 68 750 000 Mk. den bisherigen Aktionären der Deutschen Bank darat zum Bezuge anzubieten, daß auf die alten Aktien der vierte Teil des Nennwerts entfällt.

Die durch diese Transaktion erforderlichen Satzungsänderungen fanden einstimmige Annahme. Das Angebot auf Übernahme von Aktien der Württembergischen Bank und Hildesheimer Bank ist freiwillig. Vertreter war ein Kapital von 47 518 200 Mk. Zur Begründung des Antrages auf Kapitalerhöhung führte Direktor Mankiewicz aus, daß die Verwaltung sich nur nach sehr langen und reiflichen Erwägungen hierzu entschlossen habe. Die neue Steuergesetzgebung, sowie der jetzige Börsenverkehr, welcher Dimensionen angenommen habe, wie er nie vorausgesehen war, sowie namentlich der Konzentrationsprozeß, der sich auf allen wirtschaftlichen Gebieten vollzieht, mache eine weitere Vergrößerung des Kapitals notwendig. Die Kreditansprüche bei der Deutschen Bank wären in jüngerer Zeit erheblich gestiegen. Es seien im Laufe dieses Jahres von der Revisionskommission ca. 5 Milliarden Mark Kreditgewährung beantragt und man werde den Leitern der Filialen die Möglichkeit geben, die Kreditansprüche nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortlichkeit zu entscheiden. Ueber die Geschäftslage wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß die Verwaltung infolge der enormen Arbeitsüberhäufung noch nicht in der Lage sei, im einzelnen über das erste Semester zu berichten. Die Resultate seien selbstverständlich recht befriedigend. Auf allen Konten seien die Gewinne sehr groß, andererseits wären auch die Unkosten außerordentlich gewachsen. Die Arbeitsfreudigkeit der Beamten und Angestellten habe in letzter Zeit wesentlich zugenommen. Redner wies darauf besonders hin, daß die wüste Spekulation in Effekten und namentlich in ausländischen Noten ein Unglück für Deutschland wäre. Die Krisis, die die ganze Welt bedrohe, sei eine fürchterliche. In Amerika bestände eine Gefahr für erste Häuser. Bei uns dürfe das wilde Börsengeschäft nicht weiter betrieben werden und werde wohl durch die Einziehung des Reichsnotopfers eine Eindämmung erfahren. Neu in den Aufsichts-

Börse - Handel - Industrie - Gewerbe

Frankfurter Börse. w. Frankfurt a. M., 2. Dez. Die geschäftliche Tätigkeit gestaltete sich unregelmäßig, und nur für einige Sonderpapiere machten sich erneut Interessenkäufe geltend, die für diese Werte wesentliche Kursrückgänge veranlaßten. Eine stärkere Aufnahme herrschte für Buderus, 910. Auch für Rheinmetall bestand Nachfrage. Phönix Bergbau, Mannesmann-Laurahütte und Oberbedarf zeigten bescheidene Kursbewegungen. Adlerwerke Kleyer behaupteten ihren Preisstand. Deutsch-Übersee-Elektrik-Aktien wurden im Kurse 10 Proz. herabgesetzt. Dagegen konnten sich Licht und Kraft um 4 Proz. erholen. Schuckert schwach. Kursrückgänge stellten sich auch für Badische Anilin ein, 543 1/2 - 10. Chemische Griesheim ebenfalls schwach, Theodor Goldschmidt fest. Zementwerke Heidelberg wurden angeboten. Hansa Lloyd matt, 196. Es wurden ferner genannt: Benz 250, Julius Sichel 1400, Ludwig Ganz 263, Deutsch-Petroleum 1775, Deutsche Maschinen 380. Im Verkehr der Valutawerte fanden 5 Proz. Silbermexikaner großes Interesse, 538, 5 Proz. Silbermexikaner 740, 5 Proz. Tehantepec 485, Baltimore stellten sich auf 528, Schantung 602. Später trat mangels Kaufwillen eine schwächere Tendenz ein. Daimler, für die größere Abgabeneigung bestand, eröffneten mit 246, 14 Proz. niedriger. Privatdiskont 3 1/2.

Berliner Börse.

w. Berlin, 2. Dez. Die gestrigen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten von Havenstein im Steuerratschuss des Reichstages über die beängstigenden deutschen Finanzverhältnisse und seine dabei erneut nachdrücklich betonte Ansicht, daß eine vorläufige Besserung nur durch Ausschreibung einer Zwangsanleihe in Verbindung mit dem Reichsnotopfer eintreten könne, hat in den Börsenkreisen die Befürchtung erregt, daß die Regierung in letzter Stunde sich doch noch für die Zwangsanleihe entscheiden würde. Da auch in Nachwirkung der Ermattung vom Dienstag zu den ersten Kursen vom Publikum Verkaufsaufträge vorlagen, war die Verkaufslust anfangs bis auf wenige Ausnahmen ziemlich allgemein. Dringend war aber das Angebot nicht und fand zu den Kursen, die durchschnittlich 10-15 Proz. niedriger waren, Aufnahme. Bismarckhütte und Hösch waren 38 bzw. 25 Proz. niedriger, wie überhaupt die Kursabschlüsse am Montag und Schiffahrtsmarkt, wo in letzter Zeit größere Steigerungen stattgefunden hatten, am empfindlichsten waren. Als Maßnahmen sind mit Kurssteigerungen zu erwähnen Buderus 40 Proz., Mannesmann, Rhein. Stahl und Harpener 10 Proz., Orenstein & Koppel 25 Proz., Otavi-Minen und Canada je 5 Proz. Auch Bankaktien waren gut gehalten. Noch in erster Stunde vermochten sich die Kurse von ihrem Tiefstand etwas erholen und die Widerstandskraft gegen weitere Rückgänge wurde angesichts der vorerwähnten Kursbesserungen allgemeiner. Heimische Rentenwerte waren wenig verändert.

Industrie.

Die Löwenbrauerei Louis Sinner, A.-G., in Freiburg hatte im Geschäftsjahre 1919/20 einen Reingewinn von 78 619 Mk., woraus eine Dividende von 5 Prozent verteilt wird. Das Aktienkapital beträgt 2 Millionen Mark. Die Generalversammlung findet am 11. Dezember statt.

Mannheimer Produktenbörse.

K. Mannheim, 2. Dez. Auch heute nahm die Geschäftstätigkeit keinen größeren Umfang an, da sich die Käufer, nach wie vor, im Einkauf die größte Zurückhaltung auferlegen. Unter der Befürchtung, daß die Mark im Auslande weiter steigen dürfte, kommt im allgemeinen mehr Angebot heraus, besonders in Erbsen und Hülsenfrüchten zu Futterzwecken. Für Mais sind die Forderungen weiter ermäßigt, doch waren auch in diesem Artikel die Abschlüsse klein. Saaten hatten ebenfalls schwächeren Markt.

Amliche Preise. Mais 390 Mk., Kleesamen, neuer inländischer Rotklee 2000-2300, italienische Luzerne 3000-3300 Wicken 300-320, Erbsen, Inl. 400-500, ausl. 400-500, Rangobohnen 310-320, Brasilbohnen 290-310, Linsen, inl. 700-900, ausl. 550-650, Ackerbohnen 340, Wiesenheu 110-130, Kleeheu 120-140, Preßstroh 70-80, gebündelt 55 bis 62, Biehreter 200-230, Rapskuchen 200-210, Kokoskuchen 195-210, Reis 700-900, Raps 900 bis 1000, Leinsaat 800-850. Tendenz ruhig.

Vom Wetter.

Table with columns: Ort, Wind, Stärke, Wetter. Locations include Hamburg, Berlin, Karlsruhe, etc.

Wetterprognosen.

Table with columns: Ort, Wind, Stärke, Wetter. Locations include Karlsruhe, Baden-Baden, etc.

Allgemeine Wetterübersicht.

Von Westeuropa her hat sich vorübergehend hoher Druck über Südwesteuropa ausgedehnt und in der Nacht teilweise auf den baltischen Himmel gedrückt. Infolgedessen trat vielfach leichter Nachtfrost ein. Im hohen Schwertwath ist Schnee gefallen. Da über Nordbrasil sich ein neuer Tiefdruckausläufer gebildet hat, sind bald wieder Niederschläge zu erwarten.

Wetterprognosen morgen 6 Uhr.

Table with columns: Ort, Wind, Stärke, Wetter. Locations include Karlsruhe, Baden-Baden, etc.

Tagesanzeiger.

Landestheater, 'Madame Butterfly' 7 Uhr. Konzerthaus, Volksbühne, G.L. 'Feingefunden' 7 Uhr. Colosseum, Variete, 7 1/2 Uhr. Künstlerhaus, Restaurant, Künstlerkonzert. S. D. A. Feinadmittag mit Konzert, Erbringerkonzerte, 4 1/2 Uhr. Badischer Verein für Gefäßgelehrte, Monatsversammlung, Moninger (Gartenstadt), 7 Uhr. S. V. G. Pöhlitz, Monatsversammlung, 'Goldener Adler'. S. V. B. Spielerverammlung, Moninger, 7 1/2 Uhr.

Briefkasten.

J. M. in S. Von einem derartigen Geleit ist uns bisher nichts bekannt geworden. Auch aus der von Ihnen erwähnten Zeitungsnachricht lesen wir lediglich, daß die Regierung einer solchen Regelung zugestimmt habe, nicht aber, daß das Geleit bereits ertossen sei. R. M. Geleit ist ein Geleit, was die Abführung in der Firma 'Montana' für S.S.S., montantechnisches Bureau in Pancevo-Beigrad' bedeutet.

Wertpapier- und Devisenmarkt.

Frankfurter Kursnotierungen: 2. Dez. 30. Nov. Badische Bank, Darmstädter Bank, Deutsche Bank, etc.

Berliner Kursnotierungen: 2. Dez. 30. Nov. Industrie-Papiere, Schantung, Daimler Motoren, etc.

Devisennotierungen: w. Frankfurt, 2. Dezember. w. Berlin, 2. Dezember. w. Zürich, 2. Dezember.

Devisen im Freiverkehr: Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.







